

Aufhebung eines Verbotes. Das Oberkommando in den Marken (Berlin) teilt mit: Im Einverständnis mit dem Kriegeministerium wird das Fahrverbot für Militärzüge und Militärbefehlshaber im Interesse der Versorgung der Bevölkerung mit Bekleidungsstoffen aufgehoben.

Theater, Konzerte, Vergnügungen.

Theater im Bürgergarten. Er sei hier nochmals auf die morgen Sonntag Abend stattfindende Aufführung des Dramas „Der Verbrecher“ von H. Hof durch das Militärtheater hingewiesen.

Violinsonntagskonzert im Rasseo Rath. Morgen Sonntag Nachmittag und Abends finden im Rasseo Rath Konzerte der beliebten Hauskapelle statt, die ein dem Tage angemessenes ernstes und klassisches Programm bringen werden.

Dresden, 22. November. In der Nummer der „Dresdner Rundschau“ vom 18. November wird ein Bericht wiedergegeben, wonach das Direktorium des Roten Kreuzes der Postkasse des Prinzen Johann Georg 20000 M. für seine Bazarbesuche gezahlt haben soll. Das Gericht entbehrt jeglicher Begründung. Der Landesauschuss der Vereine vom Roten Kreuz in Sachsen hat niemals Geld an die Postkasse des Prinzen Johann Georg oder an ihn selbst gezahlt. Prinz Johann Georg hat jedoch wiederholt namhafte Geldspenden dem Roten Kreuz zugewendet. — Man begreift nicht, wie ein Blatt solche unrichtigen Gerüchte verbreiten kann! — In der Nacht zum Vortag überfiel eine Bande von etwa 50 Mann, darunter viele Soldaten mit Gewehren und aufgeschulzten Bajonetten, das Vorratslager der Reichsbekleidungsstelle in Niederfeld, wo die Waren des A- und S-Rats für Groß-Dresden aufgestapelt sind. Die Eindringlinge überwältigten die Wachen und raubten viele Tuchballen. Der Verlust wird auf etwa 50000 M. geschätzt.

Rentenvorschüsse.

Von Seiten der Kriegsschädigten des selbständigen Mittelstandes wurde anlässlich der Beratung des Kapitalabfindungsgesetzes die Forderung erhoben, es sollte die Kapitalabfindung nicht nur für Seidelungs-zwecke, sondern auch für den Wiederaufbau selbständiger kleinerer Betriebe gewährt werden können. Diese Forderung konnte vorläufig jedoch nicht berücksichtigt werden; immerhin bildete diese Frage einen ständigen Punkt bei allen Besprechungen, die die Abklärung des gewerblichen Mittelstandes zum Gegenstand hatten. Eine Lösung dieser Frage wäre nach Ansicht des Reichsausschusses der Kriegsschädigtenförderung dadurch gegeben, daß die bisher geltende Unpfändbarkeit und Unabtretbarkeit der Renten unter bestimmten Voraussetzungen aufgehoben würde. Hierdurch könnte der Kredit wesentlich erhöht werden, den der Kriegsschädigte des Mittelstandes zu Nachschaffungen für Haushalt und Familie, zur Einlösung geschäftlicher Verpflichtungen, zur Beschaffung von Rohstoffen benötigt. In diesem Sinne hat sich der Vorsitzende des Reichsausschusses, Reichstagsabgeordneter v. Winterfeldt, in der Sitzung des Reichstages vom 22. Juni 1918 ausgesprochen und den Vorschlag gemacht, es sollten an gemeinnützige Unternehmen und Kreditgenossenschaften bestimmte Teile der Rente als Darlehensbürgschaft oder Sicherung abgetreten oder verpfändet werden können. Es steht zu hoffen, daß in dem demnächst zu erwartenden Wiederaufbau der Militärförderungsgesetze auch dieser berechtigten Wunsch der Kriegsschädigten berücksichtigt wird.

Vermischtes.

Ein Ueberfall auf das Berliner Polizeipräsidium. Zu einer Schießerei, bei welcher drei Personen den Tod fanden und mehrere verletzt wurden, kam es in der Nacht zum Freitag am Polizeipräsidium in Berlin. Kurz nach 12 Uhr erschien ein Trupp verheerter Menschen, um die politischen Gefangenen zu befreien, die angeblich im Polizeipräsidium festgehalten werden. Trotz der Erklärung, daß sich in Polizeigewahrsam keine politischen Gefangenen befänden, beruhigte sich die irreführende Menschenmenge nicht, sondern sie erzwang den Einlass mit Gewalt. Hierbei kam es zu einem Feuergefecht, bei welchem sogar Maschinengewehre in Tätigkeit traten. Es gelang schließlich, in das Amtsgebäude einzudringen. Während ihnen hier der Kommissar vom Dienst wiederum erklärte, daß politische Gefangene gar nicht vorhanden seien, öffneten andere das Polizeigewahrsam mit Gewalt und verhalfen allen Verhafteten zur Flucht. Bei dieser Schießerei wurde ein Soldat, der an dem Ueberfall nicht beteiligt war, durch einen Querschläger tödlich getroffen, ebenso ein Mann und eine Frau, deren Leichen der Trupp mitnahm. Die befreiten Gefangenen sind gewöhnliche Verbrecher.

Kuch ein Stadtkommandant. Der durch die Revolution emporgelommene Stadtkommandant Ernold in München, der Proklamationen in sehr schlechtem Deutsch an die Münchner Bevölkerung richtete und nach zwei Tagen seiner Selbstherrlichkeit von der neuen Regierung wieder enthoßen wurde, hat auch während dieser Zeit von zwei Münchner Banken 44000 M. herauszuschwindeln versucht. Er ist verhaftet worden, ebenso ein Kanonier, namens Reichmann, der sich als Oberkommandant von Berg und Sicherheitsvorsitzender ausgab und sofort 20 Wagen Lebensmittel zu verschleiben trachtete.

Spartakus und Spartakusgruppe. Die revolutionäre der revolutionären Parteien Deutschlands, die jetzt die sogenannte Spartakusgruppe, trägt ihren Namen von einer Persönlichkeit der altrömischen Geschichte. Spartakus hieß der Anführer einer Schar von Gladiatoren, die im Jahre 78 v. Chr. aus der Fechterschule von Capua ausbrach und Aufruhr gegen das Weltreich der römischen Republik erregte. Zwei Konsuln Roms erlitten schwere blutige Niederlagen von dem durch Zustrom von Sklaven aus ganz Italien vermehrten Aufständischen, das im Raub- und Siegeszug die Halbinsel durchschritt. Spartakus fiel schließlich im Kampf gegen die Uebermacht, sechstausend seiner Leute, die sich ergaben, wurden von den Siegern zum Kreuzestod verurteilt. Im parteipolitischen Kampf innerhalb der deutschen Sozialdemokratie tauchte der Name „Spartakus“ zu Beginn des Jahres 1918 auf. Einer der radikalsten Abgeordneten der linken Gruppe der 20, die sich kurz vorher von der alten Partei abgespalten hatte, ließ damals „Politische Briefe“ erscheinen, die mit „Spartakus“ unterzeichnet waren. Der Name des Verfassers der Spartakusbriefe wird noch heute als strenges Geheimnis der Eingeweihten betrachtet, der Inhalt der Briefe aber war ganz im Sinne Karl Liebknechts gehalten.

278 Enthronen. Die durch den Sturm der großen deutschen Revolution von ihren Thronen herabgeworfenen 20 Dynastien von verschiedenem Rang bilden ein recht ansehnliches Häuflein. Nach der Berechnung eines Berliner Blattes hat die Revolution im ganzen 278 Angehörige deutscher Fürstenfamilien betroffen.

Die Berliner Schuhmannschaft. Vorbehaltlich einer allgemeinen Neuregelung der Dienstbezeichnungen bestimmt der Berliner Polizeipräsident Eichhorn folgendes: Die militärischen Dienstbezeichnungen in der Schuhmannschaft des Landespolizeibezirks Berlin werden hierdurch aufgehoben. Der Polizeioberst erhält die Amtsbezeichnung Polizeidirektor, die Polizeimajore und Polizeihauptleute die Amtsbezeichnung Polizeinspektoren, die Polizeileutnants die Amtsbezeichnung Polizeikommissäre, die Polizeiwachmeister tragen die Amtsbezeichnung Polizeioberwachmeister, die bisherigen Schuhmänner Polizeiwachmeister. Gleichzeitig treten bei der Kriminalpolizei für die Kriminalschuttmänner und Kriminalwachmeister entsprechend die Dienstbezeichnungen „Kriminalwachmeister“ und „Kriminaloberwachmeister“ ein. Die Geldbezüge und weiteren Ansprüche der Beamten werden durch die neuen Bezeichnungen in keiner Weise berührt.

Letzte Drahtnachrichten.

Deutschlands Nahrungsjorgen.

Berlin, 22. Nov. Vom Staatssekretär des Kriegernährungsamtes Wurm wird mitgeteilt, daß es in der auswärtigen Presse vielfach Bekremden erregt hat, daß Deutschland kurz vor der Hungersnot stehen soll, während die frühere Regierung erklärt hatte, die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln sei bis zum Schlusse des Krieges gesichert. Wie sich jetzt zeigt, ist früher die Nahrungsmittelversorgung Deutschlands viel zu günstig eingeschätzt worden. Dazu kommen die Folgen der militärischen Niederlage. Die Geschäftsbeziehungen mit der Ukraine, im Don- und Kubangebiet versprochen nach Ansicht der damaligen Machthaber reichliche Zufuhren von Getreide und Futtermitteln, insbesondere glaubte man auf dem See- und Donauwege große Mengen von Weizen und Getreide heranschaffen zu können. Dies alles ist mit einem Schlage zusammengebrochen. Aber auch die rheinische Ernte ist geringer als man sie in Rechnung gestellt hatte, namentlich bei den Kartoffeln. Der heimische Viehbestand zeigt von Monat zu Monate eine geringere Ergiebigkeit an Schlachtvieh und sonstigen tierischen Produkten. Obwohl der zentrale Verwaltungsausschuss obliqu angeordnet ist, so steht doch infolge des Mangels an Nahrungs- und Transportmitteln der Zusammenbruch vor der Tür, falls es nicht gelingt, das große Versorgungsdefizit in den Hauptwohnbezirken durch rechtzeitiges Einleihen der in Aussicht gestellten amerikanischen Hilfsaktion und einer unmittelbar einsetzenden Hilfsbereitschaft der Neutralen so auszugleichen, daß die ausländischen Zufuhren die inländischen Vorräte genügend ergänzen.

Ein Telegramm Hindenburgs.

Berlin, 21. November. Generalfeldmarschall von Hindenburg telegraphierte aus dem Großen Hauptquartier an die Reichsleitung, daß nach einer Meldung der „Waffenstillstands“-Kommission die Haltung der feindlichen Mitglieder der Kommission, insbesondere der französischen, durchaus ablehnend ist, daß die Gegner weiterhin unmögliche Forderungen, und daß es nicht ausgeschlossen ist, daß die Franzosen sich Rechtstitel für eine Wiederaufnahme des Kampfes nehmen wollen. In dem Telegramm wird ausdrücklich betont, daß das deutsche Heer infolge der Härte der Waffenstillstandsbedingungen und unter dem Einfluß der Ereignisse in der Heimat nicht in der Lage ist, den Kampf wiederaufzunehmen.

Eine Note an die Feinde.

Berlin, 22. November. An die gegnerischen Regierungen ist folgende Note gerichtet worden. Nach Zusatznote 1 zum Waffenstillstandsabkommen sollen Belgien, Frankreich, Luxemburg und Elsass-Lothringen innerhalb 15 Tagen in drei Etappen geräumt werden. Die drei Etappen sind auf

einer Karte verzeichnet. Die dritte Etappe greift auf der Karte westlich Brün und zwischen Metz und Saargemünd, und zwar einschließlich Saarlouis und Saarbrücken auf rheinländisches Gebiet über. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß dies erfolgt ist, um zu versuchen, diese Gebiete zu Elsass-Lothringen bezw. zu Luxemburg zu schlagen. Der Protest der deutschen Kommissionsmitglieder ist nicht beachtet worden. Die deutsche Regierung legt gegen jeden Versuch einer Losreißung dieser Gebiete feierliche Verwahrung ein.

Das feindliche Requisitionenrecht.

Berlin, 22. November. Bei den Waffenstillstandsverhandlungen ist von dem gegnerischen Verhandlungsführer auf deutsche Anfrage klar ausgedrückt worden, daß sich das Requisitionenrecht der Besatzungstruppen im besetzten deutschen Gebiet lediglich auf Gegenstände bezieht, die für den Unterhalt der Besatzungstruppen erforderlich sind, und daß solche Requisitionen durch Vermittelung der deutschen Lokalbehörden erfolgen sollen.

Die Uebergabe der U-Boote.

London, 22. Nov. (Reuter.) Heute sollten in Harwich 21 U-Boote abgeliefert werden. Es kamen aber nur 20 an. Nach drahtloser Meldung ist wahrscheinlich eins gesunken. Es herrscht starker Wind und schwerer Seegang.

Riel, 22. Nov. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, hat das deutsche Unterseeboot U 97 bei der Ueberfahrt nach England einen Wassereinsbruch gehabt und ist gesunken. Die Besatzung wurde gerettet und von dem Begleitdampfer übernommen.

London, 22. Nov. Die britischen Kriegsschiffe, die ausgeschickt worden waren, um die deutschen Kriegsschiffe zu eskortieren, führen in zwei Linien mit einem Abstand von ungefähr 10 Kilometern. Die deutschen Schiffe führen zwischen den beiden britischen Linien. Es wurde kein Salut ausgetauscht und auch die sonst üblichen Höflichkeitsbezeugungen unterblieben. Nachdem die deutschen Schiffe vor Anker gegangen waren, wurden sie inspiziert, um festzustellen, ob die Abgabe gemäß den Waffenstillstandsbedingungen geschehe. Admiral Beatty hatte den strengen Befehl erteilt, daß keine Verbrüderung zwischen deutschen und englischen Seeleuten stattfinden sollte.

Soziale Maßnahmen.

Berlin, 22. November. Die Achtstundenschicht ist für die Arbeitzeit in Bäckereien und Konditoreien beschlossen, das Nachtarbeitsverbot soll auch in Zukunft aufrechterhalten bleiben. Auch wird eine Neuregelung des Sonntagsruhe kommen.

Vom Kronprinzen.

Amsterdam, 22. November. Der frühere deutsche Kronprinz ist heute aus der Züdersee-Insel Wieringen, die ihm als vorläufiger Aufenthalt angewiesen wurde, gefolgt. Er begab sich nach der Danzig mit seinen Begleitern und einem holländischen Offizier nach dem kleinen Orte Oosterland, wo er das Haus des Dorfpredigers bewohnen wird. Der Empfang durch die Bevölkerung der Insel war kühl und feindselig.

Wachstuch nach Holland.

Amsterdam, 22. November. Die Ausfuhr von Wollstoffen, Körben, Glaswaren, Lomwaren, Uhren, Spielwaren, Fischwaren und Fahrzeugen aus Deutschland nach Holland ist gestattet. Erleichterungen für die Ausfuhr von Eisenwaren, Maschinen, Chemikalien und Textilprodukten aus Deutschland nach Holland sind demnächst zu erwarten.

Tschechische Freischütze.

Wien, 22. November. Die Blätter melden, daß in Marienbad am 19. November der Bahnhof von tschechischem Militär besetzt wurde, das die Bahnhofswache entwaffnete und vor dem Bahnhof Maschinengewehre aufstellte. Zwei Bände marschierten mit zwei Maschinengewehren in die Stadt und übernahmen im Stadthaus die Regierungsgewalt. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge sammelte sich vor dem Rathaus und verlangte die Zurückziehung der Truppen. Der Bürgermeister erklärte im Einverständnis mit dem Stationskommandanten und dem Bezirkshauptmann, daß sie die Verantwortung für das Kommende nicht übernehmen könnten, worauf die Tschechen abzogen und Marienbad verließen.

Bemerkenswerte Rücktritte englischer Minister.

London, 22. November. Lord Robert Cecil, Staatssekretär des Auswärtigen, ist infolge von Meinungsverschiedenheiten mit der Regierung in der Frage der Walliser Kirchentrennung zurückgetreten.

London, 22. November. (Reuter.) „Evening News“ erzählt, daß der Nahrungsmittelkontrollleur Clynes sich entschlossen hat, aus der Koalitionregierung auszuschelden.

Feuer in Thorn.

Berlin, 22. November. In der Nacht zum Freitag ist das Post- und Zollgebäude auf dem Hauptbahnhof in Thorn durch Großfeuer vernichtet worden. Tausende von Paketen, die dort wegen der Postsperrung mit Rußland lagerten, sind verbrannt. Der Schaden beträgt mehrere Millionen Mark.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Selbmann. — Druck und Verlagsamt: Ruzer Druck- u. Verlagsanstalt u. S. O.

VOMAG  **TRAFETWAGEN**
VOGLÄNDISCHE
PERSONAL 4100